

Preise für Miete und Energie explodieren - Mieterinnen auch

Pressemeldung und Stellungnahme der Mieterinitiativen Stuttgart, 25.8.2022



Nicht genug damit, dass die Mieten die Einkommen auffressen und die Mieterinnen in die Armut treiben. Jetzt folgt auch noch eine Explosion der Energiekosten, die über die Nebenkosten auf die Mieterinnen weitergegeben werden. Dagegen leisten wir Gegenwehr.

Mit den Nebenkostenabrechnungen 2021, wird den Mieterinnen und Mietern die Rechnung präsentiert. Die VONOVIA erhöht die Heizkostenvorauszahlungen um 20%, die SWSG sogar um 60%.

So soll ein SWSG-Mieter in Stuttgart Ost, aufgrund der Erhöhung der Heizkostenvorauszahlung ab 1. September 175 Euro mehr Warmmiete bezahlen. Diese Erhöhungen der Heizkostenvorauszahlungen bei der SWSG werden nicht mit Zahlen und Fakten belegt und sind völlig unabhängig davon, ob mit Gas, Fernwärme oder Pellets geheizt wird. Indem die SWSG die Vorauszahlungen für Heizkosten pauschal um 60% erhöht, erhöht sie gleichzeitig die Vorauszahlungen für Wasser, Wartungskosten, Ablesedienste usw. um 60%, weil diese Kosten Teil der Heizkostenabrechnung sind. Die Mieterinitiativen halten solche pauschalen Erhöhungen der Vorauszahlungen vorzunehmen für nicht zulässig und empfehlen allen MieterInnen und Mietern diese Erhöhungen nicht zu bezahlen.

Nein zur Sozialisierung von Verlusten und Privatisierung von Gewinnen

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Explosion der Mieten und Energiepreise die Gewinne der Wohnungsunternehmen in die Höhe treibt und die Gewinne der Energie- und Mineralölkonzerne explodieren. Sowohl Wohnungen als auch Energie sind zum Spekulationsobjekt der Kapitalbesitzer geworden und fahren unter dem Schutz des Staates immer höhere Profite ein. Wenn sich Unternehmen wie Uniper verspekulieren, springt der Staat ein und reicht die Kosten dafür durch die Gasumlage an die Mieterinnen weiter. Diese Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste lehnen wir ab.

Genauso wie die Immobilienkonzerne VONOVIA und Co. müssen die Energiekonzerne durch Enteignung in Gemeineigentum überführt und demokratisch verwaltet und kontrolliert werden. So können die Mieten und Energiekosten drastisch gesenkt werden. Wir sehen nicht ein, dass der Staat durch Mehrwertsteuer, Stromsteuer, CO₂-Abgabe, Gasumlage, Gasspeicherumlage und viele weitere Umlagen die Verbraucherinnen zusätzlich abkassiert und sich daran beteiligt immer mehr Menschen in Energiearmut zu treiben.

Wir brauchen keine Energiesparvorschläge

Wir finden es zynisch, dass uns Politiker der Regierungsparteien täglich neue Vorschläge machen, wie wir energiesparend duschen und haushalten können. Der vorläufige Gipfel ist der Vorschlag von Ministerpräsident Kretschmann, sich mit dem Waschlappen zu waschen, statt zu duschen und nur ein

Zimmer zu heizen. Kretschmann gaukelt vor, dass er mit seinen 17.000 Euro Monatseinkommen (plus Dienstwagen und vieler anderen Privilegien) die gleichen Probleme hätte, wie eine Rentnerin, die in einer überbelegten Wohnung der VONOVIA wohnt und sowieso schon kaum mehr heizt, um Kosten zu sparen.

Wohnungsgesellschaften sind mitverantwortlich für Energieverschwendung

Mieterinnen sind nicht dafür verantwortlich, dass auf fossile Energien gesetzt wurde. Bis zuletzt wurde Gas als Brückentechnologie gefördert. Gasetagenheizungen wurden durch Gaszentralheizungen ersetzt mit höherem Gasverbrauch durch Leitungsverluste. Die SWSG hat 50 Solarthermieanlagen installiert um die gesetzlichen Vorgaben für erneuerbare scheinbar zu erfüllen. Die SWSG-Mieterinitiative hat schon vor Jahren nachgewiesen, dass diese Anlagen entweder gar nie oder nur zum Teil funktioniert haben, weil sich die SWSG nicht um sie gekümmert hat. Wir fordern seit Jahren, dass bei Modernisierungen Fotovoltaikanlagen auf die Dächer gebaut werden und Wärmepumpen in Kombination mit Fotovoltaikanlagen installiert werden. Wir haben gefordert, dass die SWSG Balkonkraftwerke fördert, statt sie zu blockieren. Darüber hinaus haben wir immer wieder konkrete Energiesparmaßnahmen in einzelnen Siedlungen gefordert: LED-Lampen, Bewegungsmelder oder Zeitschaltuhren statt Dauerbeleuchtung, programmierbare Thermostate und vieles mehr. Wir haben kritisiert, dass bei Modernisierungen in die Treppenhäuser und in Kellerräume Heizkörper eingebaut werden und diese oft mit Behördenventilen nicht regulierbar auf hohe Leistung eingestellt sind. Im Dezember 2019 haben wir in einem Offenen Brief an Oberbürgermeister Kuhn, die Gemeinderäte und Aufsichtsräte der SWSG klar gemacht, mit welchen Maßnahmen die SWSG ihre Energie- und Klimapolitik ändern muss

<https://mieterinitiativen-stuttgart.de/wp-content/uploads/sites/24/2019/12/Offener-Brief-Energie-und-Klima-SWSG.pdf>

Die SWSG präsentiert nun auf ihrer Website viele Vorschläge wie Mieter Energie einsparen können. Wir betrachten das als Versuch, die Mieterinnen verantwortlich zu machen für die Energiemisere. Die SWSG empfiehlt zum Beispiel wassersparende Duschköpfe. Warum werden diese Duschköpfe nicht sofort bei Neubau und Modernisierung durch die SWSG eingebaut? Wäsche sollen die Mieter nicht im Trockner sondern auf dem Wäscheständer auf dem Balkon und auf der Terrasse trocknen. Was ist mit den vielen Mietern, die keinen Balkon und keine Terrasse haben? Warum baut die SWSG bei allen Modernisierungen Wäscheplätze im Freien ab bzw. installiert sie nur wieder, wenn die Mieter einen Kampf darum führen? Das einzige was die SWSG zusagt und was leider nicht kontrollierbar ist, ist die Überprüfung der Heizanlageneffizienz. Laut Bundesregierung kann mit einer richtigen Einstellung der Heizung 15% der Heizenergie gespart werden. Warum wurde für diese Anlageneffizienz nicht bereits in der Vergangenheit gesorgt? Warum wird der gesamte Häuserbestand nicht auf LED-Lampen umgestellt? Warum werden keine weiteren Energiesparmaßnahmen umgesetzt?

Die SWSG-Mieterinnen bezahlen jetzt einen hohen Preis für die Verschwendung von Energie und das Betreiben der Heizungen hauptsächlich mit fossilen Energien. Wir sind der Meinung, dass die Wohnungsgesellschaften die Kosten ihrer katastrophalen Energiepolitik selber tragen müssen und verlangen, dass die Energiepreiserhöhungen aus deren hohen Gewinnen finanziert werden und nicht durch die kleinen Einkommen der Mieterinnen. Das gilt für die SWSG und erst recht für Wohnungskonzerne wie die VONOVIA.

Keine weitere Nachtabsenkung der Heiztemperatur

Die Vonovia hat angekündigt, nachts die Heiztemperatur weiter abzusenken. Wir lehnen das ab, weil es ein Angriff auf die individuellen Bedürfnisse ist und vor allem ältere und kranke Menschen enorm belasten kann. Stattdessen fordern wir umgehend die unsinnigen Heizkörper in Eingangsbereich, in den Treppenhäusern und in den Fahrradräumen abzustellen, für einen effizienten Betrieb der Heizungsanlagen und für die schnellstmögliche Umstellung der Heiz- und Stromerzeugung auf erneuerbare Energie zu sorgen. Maßnahmen, die als energetische Modernisierung gelten und nur gemacht werden, um die Mieten zu erhöhen (Bsp. Dämmung mit Styropor) müssen aufhören.

Wenn es im Winter zu einem Energiemangel kommt, dann ist das keine Naturkatastrophe, sondern politisch verursacht. Mit Energieembargo und Wirtschaftssanktionen gegen Russland wird nicht der Krieg beendet. Es wird eine Situation herbeigeführt von Energieknappheit in Europa und steigenden Weltmarktpreisen für Energie.

Wir werden alles in unserer Macht stehende tun, um die Mieterinnen immer besser gegen Abzocke und Verarmung zu organisieren und Wut in Widerstand verwandeln, wenn es sein muss auch durch Mietzahlungsboykott.

Im Herbst wollen wir zusammen mit Gewerkschaften und Organisationen der sozialen Bewegung den Protest auf die Straße tragen:

Wir fordern:

- 1. Weg mit der Gasumlage, der Mehrwertsteuer, CO2-Steuer und allen anderen Steuern und Abgaben auf Energie für private Haushalte**
- 2. Keine Weiterreichung der gestiegenen Energiekosten durch die Wohnungsgesellschaften, sondern Finanzierung durch deren Gewinne**
- 3. Keine erzwungenen Energieeinsparungen bei den Mieterinnen. Stattdessen energiesparende Bewirtschaftung der Wohnungsbestände (Wärmepumpen, Balkonkraftwerke, LED-Lampen, Bewegungsmelder, Wäschetrockenplätze im Freien ...)**
- 4. Initiativ- und demokratisches Mitspracherecht der Mieterinnen für Energie-, Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen. Keine Maßnahme darf ohne Zustimmung der betroffenen Mieter erfolgen.**
- 5. Verbot von Kündigungen und Zwangsräumungen, wenn Mieter die Mieten und Nebenkosten nicht bezahlen können.**
- 6. Verbot von Abschaltungen von Strom- und Energie wenn Mieter Rechnungen nicht bezahlen können**
- 7. Enteignung der VONOVIA und aller anderen profitgetriebenen Immobilien- sowie der Energiekonzerne durch Überführung in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung. Dadurch kann die Profitmacherei gestoppt und die Preise für Mieten und Energie drastisch gesenkt werden.**
- 8. Massiver Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien durch die Gewinne der Energiekonzerne und Besteuerung der Reichen und Superreichen**
- 9. Schluss mit dem Energieembargo und den Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Mit diesen Sanktionen wird weder der Krieg beendet, noch das Putin-Regime geschwächt, sondern Energiemangel und steigende Weltmarktpreise hervorgerufen. Darunter leidet die Bevölkerung in Europa und anderswo.**

www.mieterinitiativen-stuttgart.de

www.facebook.com/mieterinitiativen.stuttgart

Tel. 0157 87404684, mail: info@mieterinitiativen-stuttgart.de